

Deutschland und der »Friede auf Erden«

PROFESSOR DR. CARLO SCHMID

Vizepräsident des Bundestages

Nach den Eingangsworten der berühmten Enzyklika Papst Johannes' XXIII. »Pacem in Terris, Friede auf Erden« nannte sich eine Tagung, die auf Anregung von bekannten amerikanischen Persönlichkeiten vom 18. bis 20. Februar 1965 in New York stattfand. Sie hatte die Aufgabe, die Voraussetzungen des Friedens zu prüfen, und war zugleich als ein Beitrag zum Jahr der Internationalen Zusammenarbeit gedacht. — Unter den 17 Referenten sind der stellvertretende Präsident der USA, Hubert Humphrey, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, der Präsident der jetzigen Vollversammlung der UN, Alex Quaison-Sackey, die Politiker und Historiker William Fulbright, Adlai Stevenson, Arnold Toynbee, George F. Kennan und der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Professor Dr. Carlo Schmid, zu nennen. Aus der Bundesrepublik nahm außer Professor Schmid als Redner noch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger, als Beobachter teil. Nachstehend der deutsche Wortlaut der Ausführungen von Professor Carlo Schmid.

I

Ich spreche ohne offiziellen Auftrag. Keine Regierung, keine Partei hat mich entsandt; aber ich spreche als ein Mann, der von sich sagen kann, daß er das Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung seines Landes genießt, und der weiß, wie das deutsche Volk in den Fragen, über die wir uns hier aussprechen wollen, denkt. Meine Ausführungen werden also nicht nur privaten oder individuellen Charakter tragen: sie sind ein Konzentrat dessen, was man die politisch bedeutsame öffentliche Meinung Deutschlands nennen kann.

Das deutsche Volk hat über alle Konfessionen hinweg die ENZYKLIKA PACEM IN TERRIS herzlich begrüßt. Es kann für den Fortgang der bisher so tragischen Geschichte unserer Welt von größter Bedeutung werden, daß das Oberhaupt der Katholischen Kirche, und mit ihm die Kirche selbst, für das Zusammenleben der Völker und deren innere Ordnungen sich zu den großen Prinzipien der klassischen Menschenrechtsdeklarationen bekannt hat, darin der Mensch zum Mittelpunkt richtig begriffener staatlicher Ordnung erklärt wird. Sie machen den Menschen, und nicht die Staatsräson und auch nicht den Zufall der Machtverhältnisse zum Maß und zum Herrn seines politischen Schicksals. Diese Prinzipien sind zum ersten Male in Amerika verkündet worden; das Volk der Vereinigten Staaten hat sie sich zu eigen gemacht; nun hat sich aus eigenem Impuls das Oberhaupt der Katholischen Kirche zu gleichen Prinzipien bekannt. Die Verheißung „Friede auf Erden“ hat damit eine weitere reale Chance erhalten.

Unsere Verhandlungen stehen unter dem Zeichen der Koexistenz. Dieses Wort bezeichnet eine Sache, die im Grundsätzlichen einfach und im Konkreten schwierig ist: nämlich eine Ordnung der Beziehungen der Staaten, die unabhängig ist von den jeweiligen inneren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, ideologischen Regimes.

Dies ist von jeher die Aufgabe der Außenpolitik gewesen und nichts Neues. Was heute daran besonders sein mag ist, daß die Staaten bei der Regelung dieser Beziehungen schlechthin auf Gewalt verzichten wollen, obwohl einige dieser Staaten hoffen, andere Völker zur Übernahme ihrer Ideologien veranlassen zu können. Notwendige Veränderungen des Status quo sollen nur im Wege friedlicher Vereinbarung angestrebt werden dürfen (peaceful change).

Ein Bekenntnis zum Prinzip der friedlichen Koexistenz kann aber nicht bedeuten, daß die jeweils gerade bestehende Abgrenzung der Herrschaftsgebiete schlechthin als unveränderliche Ordnung der Dinge und somit für alle Zeit als die geeignete Grundlage friedlicher Koexistenz angesehen werden müßte.

Wenn wir die Grundsätze der Enzyklika ernst nehmen, müssen wir den Willen aufbringen, die Postulate der Demokratie und der Menschenrechte zur realen Grundlage der Koexistenz zu machen; das bloße Bekenntnis genügt nicht. Dies wird schwer sein; es zu verwirklichen wird — auch bei gutem Willen — lange Zeit erfordern und viel Geduld.

Einem jeden Begriff von Demokratie und Menschenrechten liegt als erstes Prinzip zugrunde, daß die Völker das Recht haben müssen, Inhalt und Form ihrer staatlichen Existenz selbst zu bestimmen. Alle Menschen, die mit ihresgleichen zusammenleben wollen, müssen die Möglichkeit erhalten, sich miteinander zu einem Staate zusammenzuschließen. Hiergegen mögen da und dort Argumente der Staatsräson ins Feld geführt werden. Wenn man aber die elementaren Rechte der Menschen und der Völker der Staatsräson unterwirft, hat man den Boden der Demokratie verlassen und den Menschen zum bloßen Objekt fremden Willens degradiert.

Man wird vielleicht sagen, daß dies im Bereich der Moral wohl gelten möge, daß wir hier aber von politischen Realitäten zu sprechen hätten. Gewiß. Jedoch die Moral ist oft die entscheidende politische Realität.

Wenn die Völker, die nebeneinander leben, ihre politischen und gesellschaftlichen Lebensformen selbst und ohne äußeren Zwang bestimmt haben, werden Art und Weise friedlicher Koexistenz bald kein politisches Problem mehr sein.

Ich warne aber vor jedem Versuch des Perfektionismus. Auf der Suche nach dem Vollkommenen versäumt man gelegentlich das Mögliche. Auch die bloße Annäherung an das Gebotene ist etwas Gutes. Diese Erkenntnis kann uns in den Stand setzen, wenigstens die offensichtlichsten Widersprüche gegen die Prinzipien der Enzyklika zu beseitigen, ohne auf den Zeitpunkt warten zu müssen, da alles in Ordnung gebracht werden kann.

II

Deutschland ist keine Großmacht mehr; es vermag nur auf sehr begrenztem Raume — auf seine nächste Nachbarschaft — zu wirken. Ich werde daher nur von Deutschland und von Europa sprechen.

Der ursprüngliche innere Zusammenhang Europas ist zerbrochen. Was man einst das europäische Konzert nannte, besteht nicht mehr. Zwei Weltkriege haben es vernichtet.

Die Oktober-Revolution von 1917 hat mit der Sowjetunion ein eigenes, auf neuen theoretischen und praktischen Grundlagen aufgebautes Staatensystem ins Leben gerufen und damit auch eine neue Art, seine Beziehungen zu fremden Staaten zu ordnen. Dieses System und seine Art, die Weltpolitik zu betrachten, wurde von einem großen Teil der Welt als fremd empfunden. Die Komintern erschien als eine Bedrohung der inneren und der äußeren Friedensordnung. Koexistenz wurde zu einem System bloßer Aushilfen von Fall zu Fall. Gegenseitiges prinzipielles Mißtrauen wurde zur Regel der Politik. Das Regime des Nazismus zerstörte vollends, was an europäischer Solidarität übriggeblieben war.

Eine neue Solidarität entstand: Der zweite Weltkrieg führte zeitweilig die Sowjetunion mit den Staaten zusammen, die

den Kampf gegen Nazideutschland führten. Doch nach dem Krieg brach die Welt wieder auseinander: es entstanden der Ostblock, der Westblock und die dritte Welt der nicht-engagierten Staaten. Der Kalte Krieg begann, Heiße Kriege brachen aus. Die UNO hat sie zu lokalisieren, aber den Bruch nicht zu heilen vermocht. Nach wie vor stehen die Beziehungen der Staaten und Staatenblöcke im Zeichen des Machtkampfes, und an vielen Orten geht Gewalt vor Recht.

Am beunruhigendsten wird der Riß durch die politische Welt in Deutschland — dem Lande, das Europas Mitte ist — sichtbar. Die Spaltung Deutschlands ist im ersten und letzten Grunde die Folge davon, daß eine Clique von Narren und Verbrechern im Namen Deutschlands zuerst die Tschechoslowakei, dann Polen, dann Länder des Westens, dann Rußland überfiel, diese Länder besetzte und deren Völkern unmeßbares Leid antat. Es ist verständlich, daß diese nicht vergessen; es ist verständlich, daß man Deutschen gegenüber Vorbehalte macht.

Doch wenn es erlaubt und selbstverständlich ist, Wiedergutmachung und Sicherheit zu fordern, so scheint es mir nicht erlaubt zu sein, Menschen, auch wenn sie Deutsche sind, das Menschenrecht der Selbstbestimmung vorzuenthalten. Dies hat man aber 17 Millionen Menschen gegenüber getan, indem man sie gewaltsam einem Regime unterwarf, das sie nicht wollen; einem Regime, das die Negation alles dessen ist, was die Enzyklika für das Zusammenleben der Menschen und Völker fordert. Es konnte vielleicht sinnvoll sein, einem deutschen Staat außenpolitische Zügel anzulegen, wenn man glaubte, ihn fürchten zu müssen: man durfte aber nicht den Deutschen das Recht verweigern, ihre Lebensordnungen selbst zu bestimmen.

Ein solcher Zustand ist keine gute Grundlage für friedliche und kooperative Koexistenz. Man spricht gelegentlich von zwei deutschen Staaten und meint, diese sollten kooperieren. Das Regime in Ostdeutschland kann aber nicht als legitimer Staat angesehen werden; jedenfalls nicht, wenn man ihn an den Prinzipien mißt, die die Enzyklika verkündet.

Dieses Regime ist nicht aus dem Willen der Bevölkerung hervorgegangen. Es ist der Bevölkerung durch die Besatzungsmacht aufgezwungen worden, nachdem man ihr vorher das Recht der freien Meinungsäußerung und der freien Parteilbildung genommen hatte. In jenem Gebiet sind nie freie Wahlen abgehalten worden. Was die dortigen Machthaber so nennen, sind befohlene Akklamationen ohne Wahlmöglichkeit, denen sich niemand entziehen kann.

In welchem Maße das Regime selbst weiß, wie es von der Bevölkerung abgelehnt wird, zeigt am besten, daß es mitten durch Berlin eine Mauer baute und entlang seiner westlichen Grenzen Stacheldrahtzäune zog und Minenfelder anlegte, um zu verhindern, daß die Bevölkerung in Massen jenes Gebiet verließ und die Freiheit wählte.

III

Die Prinzipien friedlicher Koexistenz fordern die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie fordern auch, daß zwischen Deutschland und seinen Nachbarn normale Beziehungen hergestellt werden können.

Diese werden endgültig nur durch einen Friedensvertrag geregelt werden können. Wir Deutsche wissen, daß wir dabei vor allem Polen gegenüber Opfer zu bringen haben werden. Ein Friedensvertrag kann aber nur mit einem wiedervereinigten Deutschland geschlossen werden, denn niemand anderer als eine gesamtdeutsche Regierung hat das Recht, im Namen Deutschlands zu sprechen, wenn über deutsches Gebiet verfügt werden soll.

Man gestatte mir eine Bemerkung: Die Nachbarn Deutschlands haben Schreckliches im Namen des deutschen Volkes erleiden müssen; aber 14 Millionen Deutsche sind dafür aus ihrer Heimat vertrieben worden! Ich sage dies nicht um auf-

zurechnen; ich sage es, um daran zu erinnern, daß auch Deutsche, viele Millionen Deutsche, unter den Folgen des Verbrechens Hitlers und seiner Gesellen Schreckliches zu erleiden hatten.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist keine Angelegenheit der Deutschen allein. Die durch die Spaltung Deutschlands aufgeworfenen Probleme werden nur gelöst werden können in einer entspannten Welt und nur als ein Teil des Ordnungsprozesses, durch den dereinst der Grund für die friedliche Zusammenarbeit der Völker gelegt werden soll. Präsident de Gaulle hat dies jüngst ausgesprochen, indem er die Wiedervereinigung Deutschlands ein Problem nannte, das nur europäisch gelöst werden könne. Er hat damit teilweise recht; doch er hat unrecht, wenn er damit gemeint haben sollte, das Problem könne ohne die Vereinigten Staaten von Amerika gelöst werden. Ohne die volle Mitwirkung der Vereinigten Staaten können aber die Bedingungen friedlicher Koexistenz für die in Machtblöcke zerrissene Welt — der Riß geht mitten durch Deutschland — nicht geschaffen werden. Die Heilung dieses Risses aber ist die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Was einst nach den napoleonischen Kriegen durch eine Einigung unter Fürsten zustandekam, muß morgen als Frucht der Einigung unter den Völkern, die durch demokratische Regierungen handeln, geschaffen werden.

Furcht vor Gewalt hindert jeden Fortschritt zum Guten. Was immer dazu führen kann, die in der Welt herrschende politische Spannung zu mindern, muß getan werden. Eine ihrer Ursachen ist das Wettrüsten — das wiederum eine Folge der Spannung ist, die durch die ungelösten Probleme hervorgerufen wird.

Wir Deutsche wissen, daß wir nur verlieren können, wenn dieses Wettrüsten anhält. Wir sind bereit, jeden Beitrag für eine möglichst durchgreifende Beschränkung der Rüstungen zu leisten. Wir haben durch Vertrag auf die Herstellung atomarer Waffen verzichtet. Dieser Verzicht gilt weiter. Die Deutschen haben ein Interesse daran, daß keine Proliferation der Atomkräfte erfolgt.

Doch wenn wir Deutschen auch die Gewalt als ein Mittel unserer Politik ablehnen, so wollen wir doch nicht die Opfer möglicher Gewaltanwendung anderer Staaten werden. Wir sind nicht in der Lage, uns allein zu verteidigen. Darum haben wir zugestimmt, als uns der Eintritt in das Verteidigungsbündnis der Nato angetragen wurde.

Wir haben die UNO. Sie hat viel Gutes ermöglicht, aber sie ist keine Weltregierung. Sie ist eine andere Form der Machtpolitik (power politics). Es gibt noch keine Möglichkeit, ein Gericht anzurufen, um unser Problem zu lösen: Fragen des Lebensinteresses der Nationen sind heute noch nicht justitiable.

Wir bleiben also dazu verurteilt, unser Heil in der Politik zu suchen. Das bedeutet, daß wir bereit sein müssen zu verhandeln und bereit sein müssen, Kompromisse anzustreben, und einsehen, daß dabei das Gefälle der Machtverhältnisse der Beteiligten eine Rolle spielen wird.

IV

Was Deutschland anlangt, so werden sich, solange als die weltweite Regelung noch nicht möglich ist, diese Kompromisse auf die Regelung eines Interimszustandes beschränken müssen.

Dies bedeutet, daß in der deutschen Frage heute nur Initiativen vorbereitender Art möglich erscheinen, aber noch keine endgültigen Lösungen. Man mag dies bedauern, aber die schrittweise Annäherung ist auf jeden Fall besser als steriles Beiseitestehen.

Regeln wir also die Koexistenz im Zeichen des Interim, bis wir sie im Zeichen der Endgültigkeit werden regeln können!

Darum sollten wir nicht zögern, unsere Handelsbeziehungen mit den Staaten des Ostens auszubauen; desgleichen sollten wir die kulturellen Beziehungen intensivieren. Wir sollten den

Bewohnern unserer Länder so viel Freizügigkeit als möglich gestatten und die Grenzen durchlässig machen. Wir sollten versuchen, uns an gemeinsame Aufgaben zu machen: Warum sollten wir nicht zusammen — Ost und West — an die Planung und den Ausbau großer internationaler Straßensysteme, durchlaufender Wasserstraßen, der Energieversorgung gehen? Freilich werden wir Deutsche nichts tun können, was den Status quo dieser Zeit für immer festschreiben könnte. Ich wiederhole: Endgültige Regelungen können nur von einer gesamtdeutschen Regierung vereinbart werden.

Der Rapacki-Plan erscheint uns in seinem heutigen Tenor den politischen Verhältnissen dieser Zeit nicht angepaßt. *Ein wiedervereinigtes Deutschland* freilich könnte dem darin vorgeschlagenen Sicherheitssystem oder einem ähnlichen System beitreten. *Die Bundesrepublik* aber kann es nicht: ihr Beitritt würde einer Anerkennung der Legitimität des Regimes, das heute in Ostdeutschland herrscht, gleichkommen. Dies würde bedeuten, daß 17 Millionen Menschen das Recht der Selbstbestimmung verweigert werden würde. Niemand, dem es mit den Prinzipien der Demokratie ernst ist, wird dem zustimmen können.

Noch eine Bemerkung hierzu: Der Abzug der fremden Truppen aus den Staaten Europas wird eines Tages erfolgen müssen. Aber ein Abzug der Amerikaner aus deutschen Gebieten hätte eine andere Bedeutung als ein Abzug der Russen: die Amerikaner würden jenseits des Atlantiks stehen, die Russen aber am Bug. Vom Bug zum Rhein ist es sehr viel näher als von der Ostküste Amerikas nach Europa . . .

Die Wiedervereinigung Deutschlands setzt die Zustimmung der Nachbarn Deutschlands und der Mächte voraus, die sich für den Frieden der Welt verantwortlich fühlen. Es ist verständlich, daß nach all dem, was geschehen ist, gewisse Völker Bedenken haben.

Es ist sicher, daß ohne Vereinbarung eines bestimmten militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland diese Zustimmung zur Wiedervereinigung nicht zu haben sein wird. Es müssen daher nach und nach Gespräche zwischen den Regierungen stattfinden, die über die Meinung der Mächte über Art und Umfang militärischer Machtmittel Gesamtdeutschlands Klarheit schaffen.

Außerdem wird es notwendig sein, Vereinbarungen zu treffen, die die Stellung Deutschlands innerhalb des Koordinatensystems der Weltpolitik festlegen.

Schließlich wäre es gut, wenn man heute schon Erwägungen darüber anstellte, wie ein System kollektiver Sicherheit aussehen müßte, das allen Staaten Europas, vor allem Mitteleuropas, Sicherheit gegen Angriffe irgendwelcher Art gibt.

V

Die dringlichste Aufgabe dieser Jahre aber ist die Einigung Europas. Sie muß in einer Weise erfolgen, die die Möglichkeit des Beitritts anderer Staaten als der bisherigen sechs westeuropäischen Kontinentalstaaten offenläßt. Die europäischen Staaten müssen sich so verhalten, daß die Staaten Mittel- und Osteuropas ein Vereinigtes Europa nicht als eine Gefahr und eine Schädigung ihrer Interessen betrachten können. Die französische Republik kann dabei eine bedeutsame Rolle spielen.

Aber wir Deutsche glauben, daß Europa nicht ohne enge Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika geschaffen werden kann. Wenn die richtige Form für das Zusammenwirken Europas mit den Vereinigten Staaten und Kanada in einer atlantischen Gemeinschaft gefunden sein wird, könnte dies zu einer Vorstufe und für alle Staaten zu einem Modell dessen werden, was wir unter friedlicher Koexistenz verstehen wollen.

Bundespräsident Lübke empfing in seinem Berliner Amtssitz Schloß Bellevue am 28. Januar 1965 den aus Anlaß der „Grünen Woche“ in Berlin weilenden Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO), Sen (Indien).

